

Mannheim/Rhein-Neckar: „Feldflur und Wald, statt Beton und Asphalt“

VON · 5. DEZEMBER 2022



Zu einer eher seltenen Kooperation kam es am Sonntag, 4. Dezember in Mannheim. Umweltverbände gingen gemeinsam mit Bauern auf die Straße und demonstrierten in der Innenstadt. Anlass war eine anstehende Sitzung des Regionalverband Rhein-Neckar, der in der kommenden Woche über die Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbegebiete berät. „Feldflur und Wald, statt Beton und Asphalt“ war die gemeinsame Forderung von Landwirt*innen und Umweltschützer*innen.

Immer weniger Wald, Grünland und Ackerfläche, dafür neue Gewerbe- und Wohngebiete. So ist die Entwicklung in der wachsenden Metropolregion Rhein-Neckar und der Trend setzt sich fort. Städte und Dörfer werden größer, Grünflächen müssen dafür weichen. Die Veranstalter*innen der Demo kritisierten diesen „Flächenfraß“. Rund 60 Hektar würden – statistisch gesehen – jeden Tag in Deutschland versiegelt. Das sei das doppelte von dem, was die Bundesregierung als Ziel ausgegeben habe.



„Boden ist wertvoll. Wir brauchen ihn für unsere Nahrungsmittelerzeugung.“
begründete ein Landwirt die Forderungen nach einer Reduzierung von
Neubauf Flächen. Auch in Richtung Klimaschutz wurde argumentiert. Mannheim sei die
heißeste Stadt Deutschlands, erinnerte ein Sprecher des BUND. Grünflächen um die
Städte herum senkten im Sommer erwiesenermaßen die Temperaturen. Außerdem
könne man durch die versickerungsfähigen Böden Schäden durch Hochwasser
reduzieren.

Der Protest richte sich an drei Adressaten, so der Sprecher: Den Regionalverband
Rhein-Neckar, der über den Flächenverbrauch in der Region berät, die
Gemeinderäte der Kommunen, die über die Neuausweisung von Wohn- und
Gewerbegebieten entscheiden und die Bundesregierung, die endlich den
Paragrafen 13b Baugesetzbuch abschaffen müsse. Dieser regelt ein
beschleunigtes Verfahren für Flächen, die sich in der Nähe von bereits bestehender
Bebauung befinden.



Dass die Forderungen der Demonstrant*innen im Widerspruch zu anderen Interessenlagen bestehen, war ihnen durchaus bewusst. Bürgermeister*innen müssten sich um die Ansiedelung von Unternehmen kümmern, die Steuern zahlen und Arbeitsplätze schaffen. Insbesondere in der Rhein-Neckar-Region ist Wohnraum knapp und teuer. Neubauten sind unbedingt erforderlich. Von der Bühne wurde gefordert, dafür mehr bereits bestehende versiegelte Fläche zu nutzen. Die Konversion ehemaliger Militärfächen biete solch eine Chance, außerdem stünden ehemalige Gewerbeflächen leer. Doch damit dürfte der Bedarf an Wohnraum langfristig kaum zu decken sein. Die sich widersprechenden Interessen werden in den kommenden Jahren also noch für einige Diskussionen sorgen.

Die Demonstration des [Bündnis Bodenschutz](#) zum Weltbodentag am 4. Dezember mit rund 150 Teilnehmer*innen und zahlreichen Traktoren wurde unter anderem vom BUND, vom Umweltforum, von den Naturfreunden, von der Altkatholischen Kirche sowie von zahlreichen Bauernverbänden aus der Region unterstützt. (cki)